

Wolfgang Scheler

Philosophisches Denken über Krieg und Frieden – damals und jetzt

Was wir heute verhandeln wollen, hat eine Vergangenheit, die uns prägte. Es hat aber auch eine Gegenwart, denn seit der Zeitenwende versuchen wir, damit auch den neuen Gegebenheiten geistig beizukommen. Ich halte es sogar für denkbar, dass eines Tages auf den alten Gedankenstoff doch noch einmal zurück gegriffen wird. Schließlich ist eines der Großprobleme der Menschheit noch immer ungelöst, das Problem, den Krieg aus der Menschenwelt zu verbannen, bevor dieser die Welt des Menschen zerstört. In einem neuen Aufbruch für die Lösung dieses Menschheitsproblems wird man sich vermutlich an all das erinnern, was dazu schon einmal gedacht worden ist.

Bekanntlich brachen sich neue Ansichten über den Krieg vor allem in den achtziger Jahren Bahn. Sie erreichten große Teile der Öffentlichkeit, im Osten und im Westen. Heute, wo nur noch der Westen übrig geblieben ist, sind sie aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt worden. Frieden als oberster Wert – das gilt nicht mehr, weder im politischen Denken, noch in der Staatspolitik. Damals, als die neuen Ansichten die Gemüter erregten, hatten wir die seltene Gelegenheit, ihnen zum Durchbruch zu verhelfen, und wir haben sie genutzt, soweit es uns möglich war. Es ist schon eine Merkwürdigkeit, dass so militärwidrige Ideen ausgerechnet an der Militärakademie der DDR theoretisch begründet worden sind und in das geistige Leben der Armee und des Landes getragen werden konnten.

Das waren vor allem: Die Absage an militärische Überlegenheit, die Unmöglichkeit des Sieges und folglich die Sinnlosigkeit eines Krieges, die These, dass der Verteidigungskrieg gegen eine Aggression nicht mehr als gerecht bewertet werden kann und die Friedensbewahrung als einziges Wehrmotiv übrig bleibt, schließlich, dass nicht ein bewaffneter Frieden, sondern nur der unbewaffnete Frieden uns retten kann. Für Soldaten heißt das immerhin, sich selbst abschaffen zu wollen, nicht irgendwann in einer schöneren Zukunft, sondern jetzt.

Kein Wunder, dass sich Widerspruch regte. Soweit dieser Widerspruch sich in argumentativer Gegenrede äußerte, war er sogar fruchtbar. Er schützte vor Oberflächlichkeit und Vereinfachung, zwang zu theoretischer Tiefe und zu evidenter Argumentation. Bedenklicher war schon, dass in einer von der marxistisch-leninistischen Staatsideologie geprägten Gesellschaft jede Abweichung von den ihr zugehörigen Sätzen oft als Ketzerei angesehen worden ist. Das wog um so schwerer, wenn es um so hohe Güter wie die Verteidigung des Sozialismus und des Friedens ging. Dass trotzdem ein Umbruch im sicherheitspolitischen Denken erreicht werden konnte war nur möglich, weil sich verschiedene günstige Umstände miteinander verbanden.

Erstens ging ein unwiderstehlicher Druck von den neuen Tatsachen des Atomzeitalters aus. Für die kleine DDR und für Deutschland als Ganzes an der Frontlinie der feindlichen Militärblöcke stellte sich die Kriegsfrage anders als für die Supermacht – und das schon vor Gorbatschow. Für die Deutschen bedeutete Frieden oder Krieg im vollen Wortsinn Leben oder Tod, Sein oder Nichtsein. Gerade hier wurde deshalb die Suche nach grundsätzlich anderen Konzepten für den Ausweg aus der tödlichen Gefahr zum ersten Lebensinteresse. Hierauf reagierte sogar die politische Führung. Dass die Menschheit einen Atomkrieg nicht überleben würde, dass die Clausewitz-Formel vom Krieg als Fortsetzung der Politik nicht mehr gilt, dass Frieden der oberste Wert ist und über alle Grenzen von Klassen und Weltanschauungen hinweg eine Koalition der Vernunft für den Frieden hergestellt werden muss, dieses und vieles mehr konnte man seit Anfang der achtziger Jahre in den Reden von Erich Honecker finden.¹ Und dies im Gleichklang mit Aussagen des SPD-Strategen Egon Bahr.²

Zweitens zählt zu den besonderen Umständen, dass die Gesellschaft hochgradig sensibilisiert war für das Krieg-Frieden-Problem. Im geistigen Leben des Landes spielte es eine erstrangige Rolle. Neue Ideen zu dieser Lebensfrage stießen deshalb überall auf lebhaftes öffentliches Interesse. Auch bei uns selbst formten sich die neuen Erkenntnisse nicht bloß im eigenen Mustopf, sondern im Dialog mit anderen, in einer fruchtbaren gesellschaftlichen Debatte. Wesentlich war also die Öffnung nach außen und die Teilnahme am geistigen Leben außerhalb des militärischen Dunstkreises. Freilich fegte uns zuweilen der Sturm der Entrüstung heftig ins Gesicht, und es bedurfte des solidarischen Zusammenstehens, um ihm standzuhalten.

Drittens schließlich gehört dazu, dass genau in jener Zeit des drängenden Umbruchs einige Leute, die mit der Philosophie wie mit dem Militärwesen hinreichend vertraut waren, sich dieser Thematik annehmen konnten. So wurde Frieden zum Forschungsgegenstand an unserer höchsten militärischen Bildungsstätte. Friedensforschung und Kriegsertüchtigung – allein dieser Kontrast übte einen eigenartigen Reiz aus. Auch hier bewährte sich der Widerspruch als Triebkraft der Erkenntnis. Und so entwickelte sich ein Denken in den Kategorien des Friedens, dessen Grundidee in der Entmilitarisierung der Sicherheit, im Übergang von militärischen zu nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen besteht, eben auch in Kreisen des Militärs.

Philosophisches Denken, so glaube ich, ist in Phasen politischer Umbrüche besonders prädestiniert, altes politisches Denken aufzulösen und neues zu begrün-

¹ Honecker forderte, den „Krieg im Atomzeitalter nicht mehr als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln zu betrachten“, in: 4. Tagung des ZK der SED, 23./24. Juni 1982. Aus dem Schlusswort des Genossen Erich Honecker, Berlin 1982, S. 85; siehe vor allem E. Honecker, Rede und Schlusswort auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED, Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt, Berlin 1983, S. 12 f., 17.

² Siehe E. Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26.

den. Philosophie denkt anders als die Politik. Sie ist nicht auf das Tagesgeschehen fixiert. Die Philosophie fragt nach dem Ganzen der menschlichen Welt, die Zeiten übergreifend: Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen? Was ist der Mensch? Das macht nach Kant ihren Gegenstand aus. Den erschließt sie mit den Kategorien Wesen und Erscheinung, Inhalt und Form, Allgemeines und Besonderes, Logisches und Historisches, Kampf und Einheit der Gegensätze, quantitative und qualitative Veränderung.

Tiefe Einsichten in das Wesen gesellschaftlicher Prozesse ermöglicht die dialektische Negation. Hegel verstand sie als Aufhebung in der Dreiheit von Ablösen, Aufbewahren und höher Heben. All das kommt zur Synthese in der Marxschen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum geistig Konkreten. Diese Universalität der philosophischen Methode macht ihre Fähigkeit aus, den Gesellschaftsprozess in seinem Werden und Vergehen zu verstehen, verfestigte Anschauungen in Frage zu stellen und das gesellschaftliche Bewusstsein aus Erstarrungen zu lösen.

Die philosophische Sicht und Methode verhalf uns damals zu Einsichten, die einen Paradigmenwechsel im staats- und parteiideologischen Denken über Krieg und Frieden, über die Streitkräftefunktion und den Sinn des Soldatseins herbeiführten. Als dann mit dem Machtantritt Gorbatschows der Ausdruck *Neues Denken* aufkam, schien dieser uns für unsere Auffassungen gerade recht. Heute lege ich Wert auf eine Differenz. In der Perestroika lief das neue Denken darauf hinaus, nicht bloß von der falschen Ideologie des Marxismus-Leninismus Abschied zu nehmen, sondern es endete in einer völligen Abkehr vom marxistischen Denken.

Wir, so glaube ich sagen zu können, kamen zu neuen Einsichten mittels materialistischer und dialektischer Analyse der neuen gesellschaftlichen Tatsachen. Unsere Revision der marxistisch-leninistischen Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte folgte mehr der Hegelschen Negation: Verwerfen der alten, von einer falschen Ideologie entstellten Auffassungen, Aufbewahren dessen, was in ihnen bewahrenswert ist, und Heben auf eine höhere Stufe, so dass es dem veränderten Wesen der Welt im atomaren Zeitalter gerecht wird. Für uns bedeutete das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte eigentlich eine Wiedergewinnung marxistischen Denkens.

Natürlich waren auch unsere damaligen Ideen zeitgebunden. Sie waren geprägt von dem militarisierten Systemkonflikt und von unserer ideologischen Bindung an das Gesellschaftssystem, das wir für ein sozialistisches hielten.

Frage ich nun nach der Gültigkeit dieser Ideen für heute, dann muss ich, wenn ich mich der gleichen Denkweise bediene, zunächst feststellen, wie sich die relevanten Tatsachen heute gegenüber damals verändert haben. Dazu einige Überlegungen.

Die Zweite Welt, der Widerpart der Ersten Welt, ist untergegangen und hat uns bei ihrem Untergang erkennen lassen, dass sie weit davon entfernt war, eine sozialistische, also eine progressiv über den Kapitalismus hinausweisende Gesellschaftsform zu sein. Übrig geblieben sind die Erste Welt, die moderne kapitalistische, die nun global dominiert, und ebenfalls die Dritte Welt, die der Dominanz der Ersten unterworfen ist. Aufgehört hat damit auch die Bipolarität der internationalen Sicherheitsstruktur. An ihre Stelle ist der noch nicht entschiedene Kampf um Unipolarität oder Oligopolarität internationaler Sicherheit getreten.

Das sind schon gravierend andere gesellschaftliche Bedingungen für die Friedensfrage. Wären nun wirklich, wie einst behauptet, das *kommunistische System* oder der Systemkonflikt die Ursache für Krieg und Rüstung gewesen, für die Notwendigkeit, die Sicherheit mit kampfstarken Streitkräften zu gewährleisten, dann müsste jetzt eitel Friede sein und die Abrüstung könnte durchgreifend vonstatten gehen. Statt dessen erleben wir eine Serie von Kriegen und – noch schlimmer – die offizielle Restitution des Krieges als Mittel der Politik.

Damit stellt sich natürlich die Frage: Haben wir also geirrt mit unserer Annahme, der Krieg werde sinnlos, weil die übersteigerte Waffenwirkung ihn untauglich macht, politische Ziele durchzusetzen? Diese These war, ich betone das, die grundlegende Prämisse unseres Ideengebäudes. Früher galt für uns die Prämisse, dass der Frieden nur bewahrt werden kann, wenn die sozialistische Welt, in der keine Kriegsursachen wirken, jene Gesellschaft, aus der Kriege entspringen, mit militärischer Macht zum Frieden zwingen kann, besser noch, mit militärischer Überlegenheit.

Nach der Prämisse des neuen Denkens waren beide Gesellschaften, ganz unabhängig davon, ob sie per se Frieden oder Krieg erzeugen, dazu gezwungen, auf Krieg schon deshalb zu verzichten, weil sie ihn nicht überleben können. Nun war diese Prämisse allerdings gebunden an den alles vernichtenden Krieg, der damals sehr real das Überleben der Menschheit bedrohte und um den sich das gesamte militärische Denken und Handeln drehte. Wir wiesen ja gerade nach, dass es sich dabei nicht mehr um Krieg im eigentlichen Sinne handelt, also um den von Clausewitz definierten Krieg, sondern um eine neue Wesenheit, die den Krieg transzendiert. Dieser Unkrieg, wie ich ihn auch nannte, erscheint der Form nach weiter als Krieg, als *erweiterter Zweikampf*, ist aber seinem Inhalt nach nicht mehr Krieg, nicht mehr politisches Instrument, um den Gegner wehrlos zu machen und dazu zu zwingen, den politischen Willen des Überlegenen zu erfüllen. Dieser Akt absoluter Gewalt kann deswegen auch nicht mehr eine Form der Politik sein, von der man wieder in die andere Form, den Frieden, zurückkehren kann.

War das nun falsch oder ist das überholt, weil heutzutage das politische Denken offensichtlich die These vom Ende des Krieges als Fortsetzung der Politik wieder vergessen hat und munter Kriege geführt werden, für die zutrifft, dass sie Fortsetzung der Politik sind? Ich antworte darauf: Wenn die Übersteigerung des Krieges zur Allesvernichtung unter den neuen gesellschaftlichen und geostrategischen Bedingungen als reale Möglichkeit verschwunden wäre, dann wäre es nur für die spezifische Situation des Kalten Krieges richtig gewesen und heute wirklich überholt. Doch entgegen dem Anschein bleibt dieser entartete, dysfunktionale *Krieg* weiterhin eine reale Bedrohung des menschlichen Lebens.

Noch immer spielen die Atomwaffen in den Militärstrukturen und strategischen Planungen die Rolle der stärksten einsetzbaren Gewaltmittel. Zumindest die USA und Russland erhalten, obwohl der Systemgegensatz entfallen ist, weiterhin die Fähigkeit zur garantierten gegenseitigen Vernichtung aufrecht. Geopolitische Rivalität ist dafür der hinreichende Grund. Sogar der Ersteinsatz von Atomwaffen gilt in der Militärdoktrin von USA und NATO weiter, und Russland ist dahin zurückgekehrt. Die riesigen Aufwendungen für die strategischen Kernwaffenkräfte in den USA, in Russland und in anderen Atommächten lassen sich wohl kaum aus den momentan geführten Expeditionskriegen gegen unbotmäßige Schwache erklären. Sie haben nur in der globalstrategischen Machtkonkurrenz einen Sinn.

Das heißt, nicht der Konflikt der beiden Eigentumssysteme und Ideologien war der Grund für den Wandel des Krieges als Form der Politik zu einem Gewaltexzess, der der Politik selbst ein Ende setzt. Die Gründe waren die alles vernichtenden Waffen und die Empfindlichkeit der hochtechnologischen Gesellschaften gegen massive Waffenwirkung. Und diese bestehen nicht nur weiter, sondern verstärken sich immer mehr. Man darf also nicht das Allgemeine, das Wesen von Krieg und Frieden im Atomzeitalter, verwechseln mit der historisch besonderen Erscheinungsform, in der es zutage getreten ist. Deswegen erscheint unter den heutigen Bedingungen das Allgemeine, das Wesen, erneut in historisch besonderer Form. Ich formuliere es so: Im Konflikt zwischen Atommächten, die sich gegenseitig existenziell vernichten können, ist Krieg sinnlos, nicht Fortsetzung, sondern das Ende der Politik. Das wird vor lauter Kriegen geringer Intensität, die vor unseren Augen ablaufen, völlig übersehen. Es ist wie es schon immer war, man ist fixiert auf das gegenwärtige Kriegsgeschehen und sieht nicht, welches künftige sich vorbereitet.

Gegenüber dem Kalten Krieg hat sich aber tatsächlich geändert, dass die starken Militärmächte, früher im militärischen Patt gefesselt, jetzt wieder mehr Freiheit gewonnen haben, klassische Kriege zu führen. Der damals zur Nebensache gewordene Krieg als Fortsetzung der Politik ist wieder auf der Agenda, allerdings nur an der Peripherie. Die Politik, die in solchen Kriegen fortgesetzt wird,

ist die Errichtung einer Weltordnung nach dem Maß der starken kapitalistischen Mächte.

Insofern waren unsere Erwartungen verfrüht, dass die Übersteigerung der Waffengewalt zur Allesvernichtung den Sachzwang schafft, mit der alten Logik militärischer Sicherheit zu brechen und eine neue Logik in Kraft zu setzen, in der auch der klassische Krieg seinen Platz verliert. Diese Erwartung hatte aber seinerzeit gute Gründe, nur sind eben genau diese inzwischen entfallen.

Als ersten dieser Gründe nenne ich das militärstrategische Gleichgewicht. Das so genannte *Gleichgewicht des Schreckens* hatte das Paradoxon erzeugt, dass die feindlichen Mächte noch nie über eine so gewaltige militärische Macht verfügten und zugleich so wenig wie nie damit anfangen konnten. Aron nannte das in Anspielung auf Hegel eine List der Vernunft.³ Sie lähmte die Kräfte des Krieges. Heute ist diese List der Vernunft einer Unvernunft der militärischen Übermacht gewichen. Das revidiert in einem weiten Bereich, eben im Konflikt zwischen Übermacht und Ohnmacht, die Bedingung für den Verzicht auf den Krieg als Mittel der Politik.

Ein zweiter Grund für die reale Möglichkeit, eine neue Logik der Sicherheit in Kraft zu setzen, war seinerzeit die Formierung einer Gegenmacht, die aus dem Dilemma des selbstzerstörerischen Kalten Krieges einen konstruktiven Ausweg fand. Diese Gegenmacht zum Denken und Handeln in den Kategorien des Krieges war das Erstarken einer vielschichtigen gesellschaftlichen Strömung, die das gescheiterte System militärischer Konfrontation durch ein neues System internationaler Sicherheit ersetzen wollte. Diese Strömung setzte sich einmal aus weitsichtigen Fraktionen der herrschenden Eliten in beiden Machtblöcken zusammen. Sie verstanden das Scheitern des bisherigen und die Notwendigkeit eines neuen Sicherheitssystems. Zum anderen wurden sie gestützt und getrieben von einem Aufstand des Gewissens in der öffentlichen Meinung in den am meisten betroffenen Staaten und von einer organisierten Friedensbewegung in bis dahin nicht gekannten Dimensionen.

Bringen wir es philosophisch auf den Begriff, so stellte sich das Problem: Welche Art von Frieden musste überwunden und welche andere Art von Frieden musste geschaffen werden? Der Frieden, den wir im Kalten Krieg hatten, stützte sich wesentlich auf militärische Macht, aber auf eine solche militärische Macht, deren Anwendung den atomaren Untergang bedeutet hätte. Der atomare Frieden als Form der Politik ist ein Widerspruch in sich. Frieden wird aufrecht erhalten mit dem absoluten Gegenteil von Friedlichkeit, mit der Fähigkeit und Bereitschaft zur vollständigen gegenseitigen Zerstörung. In diesem Widerspruch wird früher oder später die Einheit der Gegensätze gesprengt.

³ Siehe R. Aron, Vorwort zu P. Gallois, *Strategie de l'age nucleaire*, Paris 1960, S. 111.

Der atomare Abschreckungsfrieden, dieses auf die Spitze getriebene System der Feindschaft, musste folglich ersetzt werden durch einen Frieden anderer Art, einen Verständigungsfrieden. Dafür bot sich eine besondere Form des Friedens an, die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Das aber nur unter der Voraussetzung, dass sie von ihrem klassenkämpferisch instrumentalen Impetus befreit wird. Die marxistisch-leninistische Staatsideologie definierte friedliche Koexistenz als Form des Klassenkampfes.⁴ Danach sollte sie im Kampf der beiden Gesellschaftssysteme die Überwindung des gegnerischen Systems in friedlichen Formen ermöglichen. Für den Partner eines Verständigungsfriedens konnte das natürlich nicht annehmbar sein.

Deshalb arbeiteten wir die ursprüngliche Idee theoretisch aus, dass friedliche Koexistenz ein Übereinkommen zwischen beiden Eigentumssystemen als gleichberechtigte Partner sein muss. Diesen Gedanken enthielt ein von Lenin verfasster Entschließungsentwurf⁵, dem offenbar die Zustimmung versagt geblieben war. Wir begriffen, dass das Wesen des notwendigen und möglichen Friedens nur ein Übereinkommen beider Eigentumssysteme als gleichberechtigte Partner sein kann. Nur ein solcher Frieden konnte die einzig lebensbewahrende Form des Nebeneinander und der Interessenkämpfe verschiedener Gesellschaftsordnungen im atomaren Zeitalter bieten.

Genau darin trafen wir uns mit der Idee der Palme-Kommission, mit der Idee der gemeinsamen Sicherheit. Das Denken in den Kategorien des Atomzeitalters hatte die Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit des Überlebens erzeugt. Vor allem Egon Bahr brachte diese Idee auf den Punkt. Er bezeichnete es als das oberste Gesetz des nuklearen Zeitalters, dass ein großer Sprung von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit notwendig ist, denn die Gegner können nur gemeinsam überleben.⁶

Der neuartige Frieden, so unsere theoretischen Ableitungen, erforderte also die Anerkennung übergeordneter Gattungsinteressen gegenüber den Klassen- oder sonstigen Gruppeninteressen, Dialog und Vertrauensbildung statt Feindschaft, Gewaltverzicht und die Absage an Krieg als Mittel der Politik. Militärisch erforderte die Installation eines solchen Friedens vor allem, den Streitkräfteauftrag allein auf Kriegsverhütung zu begrenzen, deutlich die Offensivpotenziale bis hin zur so genannten Nichtangriffsfähigkeit abzubauen und die Strategie von der offensiven auf die defensive Verteidigung umzustellen. Also auch die Soldaten mussten umdenken und lernen, als Fachleute für den bewaffneten Kampf nicht mehr in den Kategorien des Krieges, sondern in den Kategorien des Friedens zu denken.

⁴ Siehe Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1960, S. 37.

⁵ Siehe W. I. Lenin, Entwurf einer Entschließung des Gesamtrussischen Zentralkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz, in: Werke, Bd. 33, S. 342 f.

⁶ Siehe E. Bahr, Was wird aus den Deutschen?, a.a.O., S. 26.

Die Ideen für einen Frieden, der das Überleben garantiert, waren also da. Eine breite Öffentlichkeit hatte sie aufgenommen, und es gab erste Ansätze in der Politik, sie praktisch zu verwirklichen. Plötzlich aber kam einer der Partner des konzipierten Systems gemeinsamer Sicherheit abhanden, und der eingeschlagene Weg zu einem Frieden neuer Art wurde verlassen. Statt eines Verständigungsfriedens gab es einen Siegfrieden mit all den Implikationen, die, wie man aus der Geschichte weiß, ihm eigen sind.

Wenn wir uns fragen, ob das, was schon einmal auf dem Weg war, jetzt unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen überholt und für die Zukunft verloren ist, gilt es zwischen Historischem und Logischem zu unterscheiden. Es ist nicht mehr wie zur Zeit des Systemkonflikts, aber auch nicht gänzlich anders. Man muss die Dinge sowohl in ihrer Diskontinuität als auch in ihrer Kontinuität bewerten. Leben wir nicht heute wie damals in einem fragilen Frieden? Es ist ein Frieden, den die militärische Konfrontation ebenso gefährdet wie sie ihn aufrechterhält. Sind wir erlöst aus der Geiselhaft des atomaren Abschreckungsfriedens, der, wenn nicht morgen, dann übermorgen brechen kann? Angeblich zielen die strategischen Atomwaffen nicht mehr auf einen Gegner. Weshalb hält man sie dann in Bereitschaft, verweigert ihre Abschaffung und stellt neue in Dienst?

Aber es hat sich auch Wesentliches geändert. Die hauptsächlichen Konflikte, für die militärische Mittel eingesetzt werden, erwachsen nunmehr aus einer veränderten gesellschaftlichen Basis und aus einer veränderten geopolitischen Konfiguration. Der Hauptkonflikt wird nicht mehr ausgetragen in der Polarität zweier Eigentumssysteme, sondern auf der Basis *eines* Eigentumssystems. Jetzt wirkt die Tendenz des Kapitals zur Totalität und globalen Ausdehnung seiner Herrschaft ungezügelt und erzeugt wesentlich zwei globale Konflikte.

Einer dieser globalen Konflikte springt sofort ins Auge. Es ist der zwischen kapitalistischen Metropolen und Peripherie. Beide stehen im Gegensatz zueinander und bedingen sich zugleich. Der Reichtum im Zentrum hat die Armut an der Peripherie zur Voraussetzung, und er ist abhängig von den Ressourcen und vom Fluss der Profitquellen an der Peripherie. Dafür gebrauchen die Metropolen ihre überlegene militärische Macht. Ausreichend ist hier die Drohung oder Anwendung einer High-Tech-Kampfführung mit herkömmlichen Mitteln.

Der andere globale Konflikt ergibt sich aus der Konkurrenz der Mächte untereinander um ihre Teilhabe an den geopolitischen Bedingungen der Kapitalverwertung. So zielen die Vereinigten Staaten mit ihrer Strategie der Vorherrschaft und überlegenen Militärmacht vor allem darauf, jene Mächte aus der Konkurrenz zu verdrängen, die bei der Ausbeutung der Weltressourcen objektiv in

Rivalität zu ihnen stehen.⁷ In dieser globalen Konkurrenz der großen Mächte spielen die militärischen Fähigkeiten eine wesentliche Rolle, und hier bemessen sie sich letztlich nach der atomaren Schlagkraft.

Wir sehen, die heutige Konfliktlage unterscheidet sich zwar historisch konkret von der des Kalten Krieges, nicht aber in ihrem Wesen, in ihrer Logik. Die Konflikte sind Ausdruck der gravierenden Interessengegensätze gesellschaftlicher Subjekte. Werden diese Konflikte so behandelt wie im Kalten Krieg, setzen also die dominanten Staaten, in denen sich heute die Kapitalmacht konzentriert, mit militärischer Übermacht und Gewalt ihre Hegemonialpolitik fort, dann wird die Welt wie im Kalten Krieg weiter im Zustand der Konfrontation und Feindschaft, der Abschreckung und des Wettrüstens, der Kriege und eines Gewaltfriedens leben, der mit dem atomaren Untergang schwanger geht.

Es gibt meiner Ansicht nach prinzipiell nur zwei Möglichkeiten. Entweder man geht den Weg, die eigene Sicherheit gegen die Sicherheit der anderen mit überlegener militärischer Macht sichern zu wollen. Dieser Weg führt aber unweigerlich dahin, wo wir schon einmal waren, ins ausweglose Sicherheitsdilemma oder dahin, was damals gerade noch verhindert werden konnte, in die absolute Katastrophe. Die alternative Möglichkeit, die ich sehe, ist die rechtzeitige Umkehr zu einem neuen System internationaler Sicherheit, und das kann nur darauf bauen, Sicherheit nicht gegeneinander, sondern gegenseitig und gemeinsam zu organisieren. Ich halte es für falsch zu glauben, die Idee der gemeinsamen Sicherheit sei bloß eine spezifische Lösung für den Konflikt der beiden Weltsysteme gewesen und auf die diversen Konfliktlagen in der heutigen Welt nicht anwendbar.

Gemeinsame Sicherheit ist der notwendige und mögliche Frieden in einer Welt konkurrierender Mächte, die zugleich in einer existentiellen Abhängigkeit stehen und auf Kooperation angewiesen sind. Sie setzt nichts anderes voraus, als dass sich Staaten in ihrer verschiedenen inneren Verfassung und ihren unterschiedlichen Wertvorstellungen respektieren und den politischen Willen aufbringen, ihre Divergenzen und Konflikte ohne Krieg und Gewaltsamkeit auszutragen. Das ist ja etwas, wozu sie sich in der Charta der Vereinten Nationen ohnehin verpflichtet haben. Warum also geht heute nicht, was damals ein realistisches Konzept war und sich politisch durchzusetzen begann? Ich denke vor allem deshalb, weil die damals ausschlaggebenden Wirkungsbedingungen nicht mehr gegeben sind. Doch das muss nicht so bleiben. Solche Wirkungsbedingungen können wieder entstehen, natürlich in historisch neuer Gestalt.

Wie schon dargestellt, ist das erstens die Lähmung der Kriegskräfte durch das Versagen der militärischen Macht. Hierzu gehört vor allem, dass es nicht

⁷ Siehe Z. Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M. 1999.

gelingt, das System garantierter gegenseitiger Vernichtung in ein unipolares System einseitiger Vernichtung zu verwandeln, wie die Vereinigten Staaten es anstreben.⁸ Allem Anschein nach haben einige Mächte die Kraft, das zu verhindern, möglicherweise in strategischer Partnerschaft.⁹

Sicherlich, und das ist die zweite notwendige Bedingung, wird auch eine kraftvolle Gegenmacht wiedererstehen. Es ist wohl kaum damit zu rechnen, dass die Weltakteure, die militärisch einer Vorherrschaft unterworfen werden sollen, sich in die ihnen zugedachte Rolle der Unterwerfung und Hörigkeit fügen werden. Widerstand auf staatlicher Ebene und Widerstand in den Gesellschaften kann sich zu einer starken Kraft formieren.

Es ist noch nicht entschieden, ob die gegenwärtige Weltordnungspolitik mit Militärmacht und Krieg nicht auch für diejenigen, die sie betreiben, unannehmbar Risiken heraufbeschwört. In der Praxis wird sich erweisen, ob nicht diese aggressive Variante globaler Kapitalherrschaft den Interessen der internationalen Geld- und Machtelite mehr Schaden als Nutzen bringt. Alles spricht dafür, dass die in Gang gesetzte Gewaltspirale perspektivlos ist und, genau wie im Kalten Krieg, in die Sackgasse führt. Infolge dessen sehe ich es als wahrscheinlich an, dass die negativen Folgen irgendwann einen Strategiewechsel erzwingen.

In den Führungs- und Funktionsebenen der verschiedenen Nationen gibt es auch heute weitsichtige und rational denkende Fraktionen. Sie wird es auch künftig geben. Gegenwärtig haben die *Falken* das Heft in der Hand, doch das muss nicht so bleiben. Wenn die mit Waffen und Soldaten betriebene Außenpolitik desaströs endet und der Widerstand sich verstärkt, können auch die *Tauben* wieder in Vorhand geraten. Ich sehe einen solchen Wechsel in den Führungsetagen der entscheidenden kapitalistischen Staaten, die Umorientierung in ihren systemtragenden Gesellschaftsschichten als Voraussetzung für den Umstieg in einen Frieden nach dem Prinzip der globalen gemeinsamen Sicherheit an. Ohne diesen Wechsel kann er nicht zustande kommen.

Der Wechsel aber wird nicht ohne Druck von außen zustande kommen und – noch wichtiger – nicht ohne Druck von unten. Dieser Druck kann auch nicht entstehen, ohne dass tief greifende Änderungen in den politischen und ökonomischen Verhältnissen, aber auch in der Kultur und im Bewusstsein unserer Gesellschaften vonstatten gehen. Für meine Begriffe steht in unseren Gesellschaften obenan, der Gewöhnung an Krieg zu widerstehen und sich nicht von den gegenwärtig fern von uns geführten Kriegen einlullen zu lassen und die

⁸ Siehe H. Hagena, Kriege im 21. Jahrhundert – an der Schwelle zum „Space War“?, in: E. Voit / W. Scheler (Hrsg.), Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Berlin 2004, S. 155 ff. sowie H.-W. Deim, Kriegstheoriekrise, verstärkte Kriegspraxis und Blitzkriegsstrategie der USA für das 21. Jahrhundert, in: Ebenda, S. 117 ff.

⁹ Siehe J. Klopfer, R. Lehmann, Der Charakter von Kriegen und bewaffneten Konflikten der nächsten Jahrzehnte aus russischer Sicht, in: Ebenda, S. 183 ff.

heraufziehende Gefahr von Kriegen, die uns selber treffen, oder gar eines alles vernichtenden Krieges zu verkennen.

Eine Gegenöffentlichkeit muss sich formieren, und dafür halte ich die inhärente Kritik für besonders wichtig. Ich meine damit, dass Gewaltpolitik und Krieg fundamental den proklamierten Werten der demokratischen Gesellschaft widersprechen. Politik mit militärischer Gewalt ist das Gegenteil von Freiheit und Demokratie, von Menschenrecht und Rechtsstaatlichkeit. Krieg bedeutet Zerstörung des Lebens, des Eigentums, der Rechte und Würde des Menschen. Man muss diesen kontradiktorischen Widerspruch zwischen proklamierten Werten und praktischer Politik enthüllen. Das halte ich für eine Voraussetzung dafür, dass sich Widerstand dort entfalten kann, von wo militärische Gewaltpolitik vor allem ausgeht, in den Demokratien des Westens.

Ohne Bewusstseinswandel wird es nicht möglich sein, dem Konzept der globalen gemeinsamen Sicherheit zum Durchbruch zu verhelfen – also wieder ist ein neues Denken erforderlich. Globale gemeinsame Sicherheit zu verwirklichen würde bewirken, dass militärische Macht sukzessive ihren Gebrauchswert verliert und die Politik die militärische Denkweise und kriegerischen Gewaltinstrumente mehr und mehr ablegen kann. Gemeinsame Sicherheit global zu organisieren würde bedeuten, eine alte philosophische Idee neu aufzunehmen und endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Es ist die Idee einer Weltordnung, in der auch der kleinste Staat seine Sicherheit und Rechte nicht von eigener Macht oder eigener rechtlicher Beurteilung, sondern von einer vereinigten Macht und nach den Gesetzen des vereinigten Willens erwarten könnte.¹⁰ Kant hat diese Idee begründet und er war der Meinung, dass erst mit ihrer Verwirklichung die Menschen aus dem gesetzlosen Zustand der Wilden heraustreten.

Ideen sind langlebig, und sie können zu einer realen Macht werden, wenn ihre Zeit gekommen ist.

Autor: Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler,
Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

¹⁰ Siehe I. Kant, Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Werke, Bd. IV, Berlin 1922, S. 159.

